

Sozialismus.de

Heft 11-2017 | EUR 7,00 | C 12232 E

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



Debatte über »offensive Gewerkschaftspolitik« der IGM
Otto König/Richard Detje:
Abschied vom Stahl?

Mit Beiträgen u.a. von
Björn Allmendinger, Jürgen
Bönig, Michael Brie, Klaus
Dallmer, Hinrich Kuhls,
Armando Fernández Steinko,
Alban Werner, Karl Georg Zinn



Forum
Gewerkschaften



FOR THE MANY

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Xi Jinping fordert den weiteren Umbau Chinas



In der Eröffnungsrede auf dem Parteitag der KP Chinas hat Xi Jinping, die Mitglieder aufgerufen, sich gegen Versuche zur Wehr zu setzen, die Führerschaft der Partei zu unterminieren. Es gehe um eine »neue Ära«, in der ein »Sozialismus nach chinesischer Art« praktiziert werde. ...

SPD-Erfolg in Niedersachsen



Drei Wochen nach dem Rechtsruck der Berliner Republik haben die Landtagswahlen in Niedersachsen einen anderen Akzent gebracht. Die SPD unter Ministerpräsident Stephan Weil hat die Landtagswahl überzeugend gewonnen. Die bisherige rot-grüne Koalition verfehlte gleichwohl die Mehrheit. ...

Rechtsruck in Österreich



Die Parlamentswahlen haben den erwarteten Sieg der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) gebracht. Sie wurde mit 31,6% deutlich stärkste Partei. Die SPÖ landete mit 26,9% auf Platz zwei vor der FPÖ – mit 26,0% nur knapp hinter der SPÖ. ...

Strategien gegen rechts

Björn Allmendinger:
Rechtspopulisten in Betrieb und Gesellschaft
Hintergründe und aktuelle Herausforderungen 2

Risiken und Perspektiven

Joachim Bischoff:
»America first« als Risiko für die Weltwirtschaft 7

Hinrich Kuhls:
Die Labour Party als »Regierungspartei im aktiven Wartestand« 16

Jeremy Corbyn:
Die progressive Perspektive in Europa muss radikal und glaubwürdig sein 20

Armando Fernández Steinko:
Katalonien – die Linke und die Sezession 24

Jamaika ante portas?

Karl Georg Zinn: Nachwahllegenden 27

Alban Werner:
»Merkelismus« – gibt es ihn? Kann er überleben? 29

Joachim Bischoff/Björn Radke:
DIE LINKE auf der Suche nach einer neuen politischen Rolle 35

Michael Brie:
Die strategische Herausforderung durch linke Gewalt 39

Forum Gewerkschaften

Otto König/Richard Detje: Abschied vom Stahl? Im Ruhrgebiet brodeln es wieder: ThyssenKrupp und Tata wollen Stahlriesen schmieden 45

Klaus Lang: Zu formelhaft, um provokativ zu sein. Anmerkungen zu »Für eine offensive Gewerkschaftspolitik der IG Metall – sieben Thesen« 49

»Damit die Sonne wieder scheint«
Vernetzungstreffen für offensive Gewerkschaftspolitik
Interview von Otto König mit Heidi Scharf und Günter Hoetzl 52

1867 & 1917

Klaus Dallmer:
Lenins Großer Sozialistischer Oktoberumsturz und die Folgen 55

Jürgen Bönig:
Warum »Das Kapital« in Hamburg herauskam 63

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 53

Veranstaltungen & Tipps 68

Marion Fisch: Happy End (Filmkritik) 69

Rechtspopulisten in Betrieb und Gesellschaft

Hintergründe und aktuelle Herausforderungen

von ■ Björn Allmendinger



Demonstration »gegen Hass und Rassismus im Bundestag«, Berlin, 22.10.2017 (Foto: dpa)

Die »Alternative für Deutschland« (AfD) zog nach der Bundestagswahl im September 2017 als drittstärkste Kraft mit einem Stimmenergebnis von 12,6% in den Deutschen Bundestag ein. Da ihr auch der Einzug in den niedersächsischen Landtag im Oktober 2017 gelang (obgleich mit einem deutlichen geringeren Anteil von 6,2%), ist die Partei mittlerweile in 14 Landesparlamenten vertreten, in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt sogar als zweitstärkste Kraft hinter der SPD bzw. CDU. Erstmals konnte sich nun auch in Deutschland eine rechtspopulistische Partei im parlamentarischen System verfestigen und die bisherige Parteienlandschaft nachhaltig verändern. Gerade deshalb ist es umso dringlicher, sich mit den Hintergründen und Merkmalen ihrer Erfolge auseinanderzusetzen und Wege aufzuzeigen, wie vor allem im betrieblichen Kontext Gegenstrategien entwickelt werden können.

Wahlerfolge und Wählerpotenziale

Mit großer Erleichterung nahmen die Parteien des Deutschen Bundestages im Mai 2017 die zweite Runde der französischen Präsidentschaftswahlen auf: Die Rechtspopulistin Marine Le Pen vom Front National hatte gerade einmal 33,9% der Stimmen erhalten und war damit am Ende doch recht klar dem politischen »Newcomer« und parteilosen, wirtschaftsliberalen Pro-Europäer Emmanuel Macron unterlegen. Dennoch sollte hier die Tragweite und Bedeutung der Wahlen für den Rechtspopulismus in Frankreich und Europa nicht unterschätzt werden. Immerhin erzielte Marine Le Pen mit mehr als 11,5 Millionen Stimmen ein Rekordergebnis für den Front National – niemals zuvor entschieden sich so viele Franzosen für einen rechtspopulistischen Präsidentschaftskandidaten. Zudem erlangte der Front National vor allem in den Wählergruppen der Arbeiter und Arbeitslosen geradezu Spitzenwerte: So stimmten 56% der

Industriearbeiter und immerhin 47% der Arbeitslosen für Marine Le Pen (vgl. etwa Stahnke et al. 2017 oder Schmid 2017).

Auch bei den Parlamentswahlen in den Niederlanden konnte Geert Wilders im März 2017 mit seiner rechtspopulistischen »Partei für die Freiheit« (PVV) seine Stimmenanteile vergrößern. Zwar interpretierten viele Beobachter und Kommentatoren das Wahlergebnis angesichts der hohen Erwartungen im Vorfeld – immerhin waren zahlreiche Analysten zuvor davon ausgegangen, dass die Rechtspopulisten sogar stärkste Partei werden könnten – und der selbstgesteckten Ziele der Rechtspopulisten als Niederlage, de facto gewann die PVV aber fünf Parlamentssitze hinzu und wurde damit hinter der rechtsliberalen »Volkspartei für Freiheit und Demokratie« (VVD) zweitstärkste Kraft in den Niederlanden. Punkten konnte Wilders vor allem mit sozialpolitischen Themen: So forderte er im Wahlkampf bspw. mehr Geld für die Pflege oder ein festes Renteneintrittsalter mit 65 Jahren. Um Projekte wie diese finanzieren zu können, gab er an, »die Ausgaben für Entwicklungshilfe, Kunst, den Rundfunk und Innovation« (Diemand/Kohrs 2017) nach Regierungsübernahme gänzlich streichen zu wollen. Noch vor wenigen Jahren machte Wilders mit eher wirtschaftsliberalen Forderungen von sich Reden und propagierte Bürokratieabbau, Kürzungen von Sozialausgaben und Steuererleichterungen für den Mittelstand. Dieser sicherlich nur bedingt glaubhafte programmatische Schwenk war mit Blick auf die letzten Wahlen aber durchaus erfolgreich – speziell mit Blick auf die Wählergruppe der Arbeiter.

Frankreich und die Niederlande sind gewiss keine Einzelfälle. Auch hierzulande wählen und wählten zahlreiche Arbeiter, Arbeitslose und so manche Gewerkschafter rechtspopulistische Parteien – und dies nicht erst seit dem Aufstieg der AfD. Erinnert sei an dieser Stelle nur an die »Partei Rechtsstaatliche Offensive« (auch kurz »Schill-Partei« genannt), die in Hamburg 2001 ein Wahlergebnis von 19,4% erzielte. Damals stimmten 29% der Arbeiter, 18% der Arbeitslosen und immerhin 19% der Gewerkschafter für die Partei des »Law-and-Order«-Politikers Schill, der von der Boulevardpresse auch als »Richter Gnadenlos« bezeichnet wurde (vgl. hierzu StAm HH-SH 2001 oder Brunner et al. 2001). Ähnlich wie die Schill-Partei, die nach der Hamburger Bürgerschaftswahl recht schnell wieder an Bedeutung verlor und sich schließlich 2007 auflöste, konnte auch die AfD bei den jüngsten Landtagswahlen in den oben genannten Wählergruppen enorme Wahlerfolge erzielen. So erlangte sie bspw. bei den Landtagswahlen 2016 in Sachsen-Anhalt im Wählersegment der Arbeiter 35% sowie im Wählersegment der Arbeitslosen sogar 36% der Stimmen. Und auch bei den Bundestagswahlen setzte sich dieser Trend fort: Bundesweit machten 21% der Arbeiter und 22% der Arbeitslosen ihr Kreuz bei der AfD. Und was nicht weniger bedenklich ist: Sogar 15% der Gewerkschaftsmitglieder¹ votierten für die Rechtspopulisten um Alexander Gauland, Alice Weidel und Co.

Typische Merkmale des Rechtspopulismus

Eine einheitliche Definition des »Rechtspopulismus« liegt bis heute nicht vor – und auch in Zukunft ist damit kaum zu rechnen.² Dennoch lassen sich mit Blick auf die verschiedenen

rechtspopulistischen Strömungen in Deutschland und Europa durchaus typische Merkmale feststellen. Als erstes ist das sogenannte Freund-Feind-Schema zu nennen. Hiermit werden bestimmte Aus- und Abgrenzungsmechanismen beschrieben, bei denen auf bereits vorhandene Vorurteile zurückgegriffen und sich bestimmter Feindbilder bedient wird. Übliche Gegensatzpaare sind hier vor allem: »Wir vs. die Anderen«, »Die da oben vs. Wir hier unten«, »Systemparteien vs. wahre Volksparteien«, »Eliten vs. Volk« oder »Ausländer vs. Deutsche«. Charakteristisch ist in diesem Zusammenhang die Stilisierung einer homogenen Volksmasse, die sich wahlweise gegen gefährliche Eindringlinge von außen, »volksferne« und kriminelle Machteliten oder das politische Establishment in Brüssel zur Wehr setzt. Verknüpft wird diese Argumentation mit einem moralischen Alleinvertretungsanspruch, wonach rechtspopulistische Parteien als die wahren und einzigen Vertreter des Volkswillens erachtet werden. Nur durch sie könne sich der »kleine Mann« gegenüber einer elitären Kaste Gehör verschaffen. Die politischen Kampagnen rechtspopulistischer Parteien in Europa zielen dabei immer wieder auf das Schüren von Ängsten und die Beschwörung von existenziellen Gefahren ab. Die österreichische Linguistin Ruth Wodak beschrieb diese Strategie recht treffend als eine »Politik mit der Angst« (Wodak 2016), d.h. der Angst vor Arbeitslosigkeit, sozialem Abstieg, Verlust nationaler Identität (»Die Deutschen sterben aus«), Billiglohnkräften aus dem Ausland, radikalen Islamisten oder illegalen Einwanderern.

Rechtspopulisten versuchen auf komplexe Fragen unserer Zeit stets mit einfachen Lösungskonzepten zu antworten. Exemplarisch stehen dafür ihre Forderungen nach einer Wiedereinführung der D-Mark, einem Ausstieg aus der EU oder einer Rückkehr zur nationalen Abschottungspolitik. An einer wirklichen Lösung der »Probleme« sind Rechtspopulisten zunächst weniger interessiert. Vielmehr versuchen sie durch eine Strategie der Provokation ein möglichst großes Medienecho zu erzeugen, um ihren Forderungen zusätzliches Gewicht zu verleihen bzw. die öffentlichen Diskurse in ihrem Sinne zu beeinflussen – was den politischen Gegner letztlich zum Handeln nötigt. Auch in Deutschland konnte man diese Strategie immer wieder beobachten. Zu erwähnen seien an dieser Stelle nur die Forderungen der inzwischen aus der Partei ausgetretenen Frauke Petry nach einem Schießbefehl an der deutschen Grenze oder die von ihr im September 2016 lancierte Debatte darüber, den Begriff »völkisch« doch endlich zu rehabilitieren und mit positiven Attributen zu versehen. Die Vorgehensweise ist dabei immer dieselbe: erst provozieren, dann relativieren.

Rechtspopulisten auf Stimmenfang

Zunächst ist festzustellen, dass die AfD bei den letzten Wahlen in den Wählersegmenten der »Arbeiter« aber auch der »Gewerkschaftsmitglieder« durchaus beträchtliche Erfolge erzielen

¹ Björn Allmendinger ist Studienleiter im Bildungszentrum HVHS Hustedt e.V. Dieser Artikel stützt sich auf den Beitrag des Autors »Hetzer entlarven – Demagogen entzaubern« in dem von ihm gemeinsam mit Joachim Fahrman (IG Metall Wolfsburg) und Klaudia Tietze (Verein »Mach meinen Kumpel nicht an!«) herausgegebenen Buch »Von Biedermännern und Brandstiftern. Rechtspopulismus in Betrieb und Gesellschaft«, das Anfang November im VSA: Verlag Hamburg erscheint.

konnte. Während bei letzterer Wählergruppe gegenüber dem Wählerdurchschnitt kaum signifikante Unterschiede zu erkennen sind – was ebenfalls kritisch zu hinterfragen wäre und nicht weniger besorgniserregend erscheint –, verzeichnet die AfD in der Gruppe der Arbeiter, also dem traditionellen Wählerklientel linker Parteien, stets Spitzenwerte: In Rheinland-Pfalz wurde sie in diesem Segment zweitstärkste und in Sachsen-Anhalt, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg sogar stärkste Partei (siehe Tabelle 1 auf der folgenden Seite).

In Deutschland wie auch in Europa ist es rechtspopulistischen Parteien inzwischen erfolgreich gelungen insbesondere männliche Wähler aus dem Arbeitermilieu zu mobilisieren. In vielen Ländern konnten sich Rechtspopulisten sogar in ehemals linken Hochburgen festsetzen und ihre Stellung als neue Arbeiterpartei ausbauen. Exemplarisch steht hierfür die »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ), die sich nur zu gerne als »soziale Heimatpartei« bezeichnet.

Bei den Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien handelt es sich aber mitnichten um eine reine Frust- und Protestwahl so genannter Globalisierungsverlierer (vgl. Müller 2016: 20 oder Bischoff/Müller 2016: 22), obgleich die hohen Zustimmungsraten unter Arbeitslosen oder die wachsende Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern der Globalisierung dies vermuten lassen. Rechtspopulistische Parteien greifen gezielt Sorgen der »unteren, abstiegsbedrohten Mittelschicht« (Müller 2016: 29) auf und verknüpfen soziale Abstiegs- bzw. Deklassierungängste mit fremdenfeindlichen Ressentiments. So fordern Rechtspopulisten u.a. Schutzmaßnahmen für nationale Sicherheitssysteme und heimische Betriebe, Einschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit, verstärkte Kontrollen der Außengrenzen oder ein generelles Verbot von Unternehmensverlagerungen ins Ausland. »Die Sichtweise auf den Betrieb und die Ökonomie«, so stellen Bischoff et al. (2015: 113) am Beispiel des Front National fest, »ist korporatistisch und nationalistisch geprägt«. Für soziale Missstände werden in der Regel die »Fremden« (Flüchtlinge), das »System« (EU), die »Eliten« (Politiker) oder die »Sozialschmarotzer« (Sozialleistungsempfänger) verantwortlich gemacht. »Die neue deutsche soziale Frage«,³ um an dieser Stelle auf die Worte Björn Höckes zurückzugreifen, wird in nationalistischer und sozialpopulistischer Manier beantwortet, indem nicht mehr zwischen Arm und Reich oder Oben und Unten (Interessengegensatz), sondern zwischen Innen und Außen unterschieden wird, d.h. zwischen einem »moralisch reinen, homogenen Volk« auf der einen und einer »unmoralische[n], korrupte[n] und parasitäre[n] Elite« (Müller 2016: 42) auf der anderen Seite. In letzter Konsequenz bedeutet dies eine Spaltung der Arbeiterschaft nach völkischen Kriterien, wonach die Zugehörigkeit zu einer wie auch immer definierten »deutschen Volksgemeinschaft« entscheidend für den Anspruch auf Sozialleistungen oder die Arbeitsplatzvergabe ist.

In Deutschland verfügen, nach Analysen von Bischoff/Müller (2016: 25), »[ü]ber 70% der Anhänger_innen der AfD (...) über ein Haushaltseinkommen von über 2.000 Euro und mehr. 55% haben Abitur und 62% sind Angestellte«. Und Kroh/Fetz kommen in ihrer DIW-Untersuchung zum Profil der AfD-Anhänger_innen zu folgendem Ergebnis: »Aktuell gewinnt die Partei Anhänger_innen vor allem unter Männern, Bürger_innen in den

Tab. 1: AfD-Stimmenanteile nach einzelnen Wählersegmenten in %

	BW	RP	ST	BE	MV	SL	SH	NRW	BTW
alle Wähler_innen	15,1	12,6	24,3	14,2	20,8	6,2	5,9	7,4	12,6
Gewerkschafter	15,7	14,3	25,1	15	21	7	5	9	15**
Arbeitslose	32*	25	36*	22*	29*	7	9	12	22
Arbeiter_innen	30*	23	35*	28*	33*	9	8	17	21

* in diesem Wählersegment ist die AfD jeweils stärkste Partei.

** Lediglich 10% der Gewerkschaftsfrauen wählten bei der Bundestagswahl die AfD, bei den Männern lag dieser Wert mit 18% deutlich höher; BW = Baden-Württemberg; RP = Rheinland-Pfalz; ST = Sachsen-Anhalt; BE = Berlin; MV = Mecklenburg-Vorpommern; SL = Saarland; SH = Schleswig-Holstein; NRW = Nordrhein-Westfalen; BTW = Bundestagswahl 2017.

Quelle: Infratest dimap; <https://wahl.tagesschau.de/>

neuen Bundesländern, Personen mit geringer und mittlerer Bildung, Arbeiter_innen und Arbeitslosen sowie jungen Personen unter 30 Jahren« (Kroh/Fetz 2016: 719; vgl. auch ebd.: 715). Viele dieser Anhänger_innen, so Kroh und Fetz nach Auswertung von Daten des »Sozio-oekonomischen Panels« (SOEP) der Jahre 2014 bis 2016, hätten große Sorgen bezüglich der allgemeinen Wirtschaftslage, der eigenen finanziellen Situation und der Folgen der Zuwanderung nach Deutschland (vgl. ebd.: 718).

AFD: eine Partei der »kleinen Leute«?

Wirft man einen Blick auf die Führungsstruktur der AfD, so fällt auf, dass sich die »Kümmerer-Partei« von rechts gerade aus jener Riege an Persönlichkeiten zusammensetzt, die von ihr selbst stets als »Establishment«, »Machtelite« oder »Volksverräter« gebrandmarkt wird: Alexander Gauland war vor seiner AfD-Parteikarriere Leiter der Hessischen Staatskanzlei unter dem Ministerpräsidenten Walter Wallmann (siehe »Affäre Gauland«), Herausgeber der »Märkischen Allgemeinen« (MAZ) und von 1973 bis 2013 ein durchaus einflussreiches Mitglied in der CDU. Jörg Meuthen ist promovierter Volkswirt, war kurzzeitig Referent im Hessischen Finanzministerium und lehrte vor seinem Einzug in den baden-württembergischen Landtag als Wirtschaftsprofessor (Volkswirtschaftslehre) an der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl. Beatrix von Storch wiederum entstammt dem europäischen Hochadel, genauer dem Haus Oldenburg, arbeitete bereits für mehrere Kanzleien als Rechtsanwältin (spezialisiert auf Insolvenzrecht), war Mitglied der FDP und ist seit vielen Jahren gewissermaßen als Lobbyistin für wirtschaftsliberale, rechtskonservative Netzwerke tätig – von Storch ist u.a. Mitglied in der Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft und Anhängerin der reaktionären Lebensrechtsbewegung (siehe »Marsch für das Leben«), die sich gegen Abtreibung und aktive Sterbehilfe ausspricht.

Unter den Mitgliedern des AfD-Bundesvorstandes befinden sich Volks- und Betriebswirte, Steuerberater, Wirtschaftsjuristen und mittelständische Unternehmer. Kaum überraschend ist demzufolge die sozialpolitische Ausrichtung. So fordert die AfD z.B. die Abschaffung der Erbschaftsteuer, die Einführung einer Steuer- und Abgabebremse und eine Reduzierung der Staatsausgaben (»schlanker Staat für freie Bürger«). Zur Ren-

tenpolitik äußerte sich Albrecht Glaser, AfD-Vorstandsmitglied und Vorsitzender der Programmkommission, die den Programmentwurf für die Bundestagswahl 2017 erstellt hat, gegenüber der Tagesschau: »Es gibt nach unseren Beratungsergebnissen kein festes Renteneintrittsalter, ergo auch keins mit 67 Jahren« (Glaser, zit. n. Wiening 2017). Im besagten Entwurf heißt es hierzu: »Die AfD fordert, die Rente zukünftig bei Erreichen einer klar definierten anrechenbaren Lebensarbeitszeit statt, wie bisher vom Lebensalter abhängig, zu gewähren« (AfD-WE 2017). Über die genaue Zahl der zu leistenden Arbeitsjahre schweigt sich die Parteiführung derweil weitestgehend aus. Lediglich bei der Vorstellung des Programmentwurfs (9. März 2017) wurde der Parteivorsitzende Jörg Meuthen etwas genauer und sprach sich für eine Lebensarbeitszeit von 45 Jahren aus, um abschlagsfrei in Rente gehen zu können – sein Parteikollege und Stellvertreter Albert Glaser schloss sich dieser Meinung später an (vgl. Wiening 2017).

Und auch hinsichtlich ihrer Frauenpolitik nimmt die AfD Positionen ein, die im absoluten Kontrast zu gewerkschaftlichen Forderungen stehen. Der internationale Aktionstag für eine Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen, der »Equal Pay Day«, wird im AfD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 als Propagandaaktion diffamiert, die darauf abziele, das traditionelle Familienmodell (Mann, Frau und Kind) infrage zu stellen (vgl. AfD-W 2017: 35). Verknüpft wird diese Kritik mit dem politischen Kampf gegen die »Gender-Ideologie«, die nach Auffassung der AfD dazu geführt habe, dass die »naturgegebene[n] Unterschiede zwischen den Geschlechtern« (ebd.) ignoriert und z.B. Homo- und Transsexualität im Schulunterricht einseitig hervorgehoben werde. Des Weiteren sei eine Abschaffung spezieller Quotenregelungen für Frauen dringend erforderlich. Denn diese seien nicht nur »leistungsfeindlich und ungerecht« (AfD-G 2016: 56), sondern führten auch zur Benachteiligung männlicher Mitbewerber, was wiederum gegen das Prinzip der Chancengerechtigkeit verstoße.

Grundsätzlich orientiert sich die AfD an einem Familienbild, das dem Ehemann bzw. Vater die Aufgabe des Ernährers der Familie zuspricht und die Frau in erster Linie auf ihre Rolle als Ehefrau, Mutter (»Diskriminierung der Vollzeit-Mütter stoppen«) und Hausfrau reduziert. Letzten Endes soll die Familie, nach Ansicht der AfD-Parteistrategen, zukünftig wohlfahrtsstaatliche Leistungen ersetzen, sodass der Staat sich wieder verstärkt seinen Kernaufgaben, insbesondere »Sicherheit« und »Ordnung«, widmen kann. Wie Justus Bender treffend konstatiert: »Die AfD ist, so gesehen, eher eine reaktionäre Partei, die eine Zeitreise antreten will zurück in die fünfziger Jahre des 20. Jahrhunderts.« (Bender 2017: 159)

Klare Kante und Mut zum Widerspruch

Nicht wenige Kolleginnen und Kollegen fühlen sich von den rechtspopulistischen Slogans und Seitenhieben gegen Gewerkschaftsvertreter oder Politiker der etablierten Parteien durchaus angesprochen. Sie fürchten sich vor prekärer Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg und sehen in der AfD die einzig wahre, noch verbliebene Stimme der »kleinen Leute«. Doch nur wenigen von ihnen scheint klar zu sein, dass die Sozial- und

Arbeitsmarktpolitik der AfD vor allem mit rassistischen Tönen untermalt ist und dem Credo folgt »Arbeit zuerst für Deutsche« – eine Parole mit der schon die NPD in der Vergangenheit um Wählerstimmen warb. Des Weiteren gilt zu bedenken, dass die AfD vornehmlich marktradikale, arbeitnehmerfeindliche Ziele verfolgt und so manche Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit eher aus strategischen, wahltaktischen Gründen in der Öffentlichkeit lanciert werden.

Gezielt sucht die AfD die Auseinandersetzung mit Parteien und Organisationen, die sich in der Tradition der Arbeiterbewegung verorten. Exemplarisch steht hierfür etwa der Slogan »Das neue Rot der Arbeitnehmer ist Blau«, welcher von der Interessengemeinschaft der »Arbeitnehmer in der AfD« (AidA) verbreitet wird und nicht zuletzt als Kampfansage an Gewerkschaften und linke Parteien zu verstehen ist. Und auch die »Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer e.V.« (AVA) ruft dazu auf, vor allem »Arbeitnehmer als die größte gesellschaftspolitische Bevölkerungsgruppe zur aktiven Mitarbeit in der AfD (...) [zu] gewinnen«. ⁴ Deutlichere Worte fand in diesem Zusammenhang Jürgen Pohl, Gründer des »Alternativen Arbeitnehmerverbandes Mitteldeutschland« (ALARM!), auf einer Veranstaltung der AfD am 1. Mai 2017 in Erfurt. Unverblümt forderte er dort »den Tag der Arbeit aus den Händen der Arbeiterverräter [zu] entreißen« und »den Kampf für einen solidarischen Patriotismus weiter [voranzutreiben]«.

Umso wichtiger erscheint es angesichts dieser Entwicklungen, sich intensiver mit den sozial- und wirtschaftspolitischen Positionen der AfD auseinanderzusetzen und die aktuellen Diskurse und Entwicklungen innerhalb der Partei, gerade vor dem Hintergrund der Betriebsratswahlen 2018 und dem derzeit offensiveren Auftreten von AidA, AVA und ALARM!, genauestens zu verfolgen. Denn wie der einstige DGB-Vorsitzende Michael Sommer erst jüngst betonte, gilt es »[g]erade für die Gewerkschaftsbewegung (...), eine eindeutige Grenze gegenüber rechtsextremen aber auch rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen zu ziehen, die das Wertefundament unserer demokratischen, pluralistischen und auf Menschenrechten basierenden Gesellschaft in Frage stellen bzw. aktiv bekämpfen« (Sommer 2017: 8). Und auch Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, fordert recht deutlich: »Wir brauchen eine Doppelstrategie aus klarer Kante und offener Tür. Klare Kante bedeutet: Rassismus oder Hetzereien werden nicht geduldet. Punkt! Das ist ein breiter Konsens in der IG Metall« (Urban zit. n. Hebel 2017).

Letztlich kommt es aber auf die Kolleginnen und Kollegen vor Ort an, die innerbetriebliche Auseinandersetzung mit Rechtspopulisten zu suchen und Konflikte mit ihnen nicht zu scheuen.

¹ Lediglich 10% der Gewerkschaftsfrauen wählten bei der Bundestagswahl die AfD, bei den Männern lag dieser Wert mit 18% deutlich höher.

² Zick et al. merken diesbezüglich in ihrer neueren Studie zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland an: »Zum Rechtspopulismus gibt es sehr unterschiedliche Theorien, Definitionen und Konzeptionen. Je nach Disziplin und Erkenntnisinteresse wird Rechtspopulismus als Bewegung, Parteienausrichtung, Einstellungsmuster, Mentalität oder auch als Propaganda und Diskursphänomen verstanden« (Zick et al. 2016: 113).

³ Siehe hierzu die Rede Björn Höckes auf einer AfD-Veranstaltung in Schweinfurt am 28.4.2016: www.youtube.com/watch?v=fiBOqo7WDao&feature=share [letzter Zugriff: 22.10.2017].

⁴ Siehe hierzu die Selbstbeschreibung der AVA auf www.ava-bund.de/ [letzter Zugriff: 22.10.2017].

Tab. 2: Meine Wahlentscheidung* erfolgte aus ...

	ST	MV	BE	RP	BW	SL	SH	BTW
... Überzeugung von meiner Partei	27%	24%	26%	29%	21%	22%	31%	31%
... Enttäuschung von anderen Parteien	64%	67%	69%	62%	70%	71%	60%	60%

* hier bezogen auf die Gruppe der AfD-WählerInnen bei den jeweiligen Landtagswahlen 2016/2017 und der Bundestagswahl 2017; Quelle: Infratest dimap; wahl.tagesschau.de/

Gewiss können Mitgliederverluste nicht ausgeschlossen werden. Gemessen an den möglichen langfristigen Folgen sind diese aber sicherlich verkräftbar; zumal bislang (und dies trotz des Engagements gegen Rechtspopulismus von zahlreichen Betriebsräten und Vertrauensleuten in den letzten Jahren) keine Beispiele für regelrechte »Austrittswellen« zu finden sind. Ziel sollte es sein, gerade mit jenen Kolleg_innen das Gespräch zu suchen, die in ihrem Meinungsbild noch nicht gefestigt sind und die AfD eher aus Enttäuschung über andere Parteien als aus fester Überzeugung gewählt haben (siehe Tabelle 2).

Gewerkschaften sollten verstärkt versuchen, Rechtspopulisten über Sachverhalte zu delegitimieren und solidarische Alternativen aufzuzeigen – ganz im Sinne eines »neue[n] glaubwürdige[n] Konzept[s] von Solidarität« (Bischoff et al. 2015: 83). Ferner bedarf es einer intensiven politischen Schulung der Kolleg_innen vor Ort, denen es oftmals an nötigem »Rüstzeug« und Argumenten fehlt, rechtspopulistischen Agitatoren Einhalt zu gebieten. Ein gelungener Ansatz ist diesbezüglich etwa die Stammtischkämpfer_innenausbildung, die nicht nur im Gewerkschaftskontext angeboten wird.

Richard Stöss hat in seiner jüngsten Studie bezüglich der innerbetrieblichen Handlungsmöglichkeiten einen kleinen »Leitfaden« entwickelt, der sich zusammengefasst wie folgt darstellt:

- Basisstrukturen vor Ort stärken,
- klare Sprache sprechen,
- Trauen und Vertrauen stärken,
- Aufgaben und Ziele der Gewerkschaften diskutieren,
- Bewusstsein für Geschichte stärken,
- Beschäftigte »abholen«: Welche Themen bewegen die Beschäftigten? Wo stehen sie?,
- Neues ausprobieren [z. B. durch betriebliche Patenschaften für Geflüchtete],
- neue Räume für vertiefende Diskussionen erschließen und
- »kulturelle« Konflikte verständlich machen.(zit. n. Stöss 2017: 90)

Ferner sollte versucht werden, den Arbeitgeber, etwa mittels Betriebsvereinbarungen, ebenfalls mit in die Pflicht zu nehmen und so eine gemeinsame Wertegrundlage zu schaffen, die es Rechtspopulisten zumindest erschwert, im Betrieb Fuß zu fassen.

Literatur

AfD-Grundsatzprogramm (AfD-G) (2016): Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. Online unter: www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-27_afd_grundsatzprogramm_web-version.pdf [letzter Zugriff: 7.6.2017].

AfD-Wahlprogramm (AfD-W) (2017): Programm für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Online unter: www.afd-goe.de/wp-content/uploads/2017/03/2017-03-08_afd_leitantrag-bpt-btw-programm_mit-zeilennummern-1.pdf [letzter Zugriff: 9.5.2017].

AfD-Wahlprogrammwurf (AfD-WE) (2017): Programm für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Online unter: www.afd-suedwestfalz.de/wp-content/uploads/2017/03/2017-03-08_afd_leitantrag-bpt-btw-programm_mit-zeilennummern-1.pdf [letzter Zugriff: 22.10.2017].

Bender, Justus (2017): Was will die AfD? Eine Partei verändert Deutschland. München.

Bischoff, Joachim/Gauthier, Elisabeth/Müller, Bernhard (2015): Europas Rechte. Das Konzept des »modernisierten« Rechtspopulismus. Eine Flugschrift. Hamburg.

Bischoff, Joachim/Müller, Bernhard (2016): Rechtspopulismus in der »Berliner Republik« und Europa – Ursachen und Hintergründe. In: Häusler, Alexander/Virchow, Fabian (Hrsg.): Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste, Abstieg der Mitte, Ressentiments. Hamburg, S. 19-31.

Brunner, Wolfram/Graf, Jutta/Neu, Viola (2001): PolitikKompass. Analyse der Bürgerschaftswahl in Hamburg vom 23.09.2001 [herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung]. Sankt Augustin.

Diemand, Stefanie/Kohrs, Camilla (2017): Was, wenn Wilders gewinnt? In: Die Zeit, 13.03.2017. Online unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-03/parlamentswahl-niederlande-faq> [letzter Zugriff: 22.10.2017].

Hebel, Stephan (2017): Gewerkschaften gegen Rechtspopulismus: »Wir laden keine Repräsentanten der AfD ein« [Interview mit Hans-Jürgen Urban]. In: Frankfurter Rundschau, 27.04.2017. Online unter: www.fr.de/politik/gewerkschaften-gegen-rechtspopulismus-wir-laden-keine-repraesentanten-der-afd-ein-a-1267345 [letzter Zugriff: 22.10.2017].

Kroh, Martin/Fetz, Karolina (2016): Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit der Gründung der Partei deutlich verändert. In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Nr. 34/2016. Berlin, S. 711-719.

Müller, Jan-Werner (2016): Was ist Populismus? Ein Essay. Bonn.

Schmid, Bernard (2017): Mehr als nur Familienstreit. In: Der Rechte Rand, Nr. 166/2017: S. 38-39.

Sommer, Michael (2017): Geleitwort. In: Stöss, Richard: Gewerkschaften und Rechtsextremismus in Europa. Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin/Politischer Dialog. Berlin: S. 7-8.

Stahnke, Julian/Mohr, Fabian/Völlinger, Veronika (2017): Ältere und Gutverdiener sichern Macrons Sieg. In: Die Zeit, 08.05.2017. Online unter: www.zeit.de/politik/ausland/2017-05/wahlanalyse-frankreich-praesidentschaftswahl-wahlbeteiligung [letzter Zugriff: 22.10.2017]

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (StAm HH-SH) (2001, zit. 2017): Informationen zur Wahl der 17. Hamburgischen Bürgerschaft. Online unter: www.statistik-nord.de/wahlen/wahlen-in-hamburg/buergerschaftswahlen/2001/ [letzter Zugriff: 22.10.2017]

Stöss, Richard (2017): Gewerkschaften und Rechtsextremismus in Europa. Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin/Politischer Dialog. Berlin.

Wiening, Jens (2017): Die brisanten Rentenpläne der AfD. Online unter: www.tagesschau.de/inland/afd-rentenkonzept-101.html [letzter Zugriff: 22.10.2017].

Wodak, Ruth (2016): Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse. Wien/Hamburg.

Zick, Andreas/Krause, Daniela/Küpper, Beate (2016): Rechtspopulistische und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. In: Dies. (Hrsg.): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: S. 111-142.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie Wer rettet Mandel Urban
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie Wer rettet Mandel Urban
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____
(3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

